

K1NEU Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

1 Kapitel 1: Umwelt, Energie und Klima

2 **Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen**

3 Unsere Natur mit ihrem Artenreichtum ist ein einzigartiger Schatz. Wir lieben
4 unsere Natur und unsere Kulturlandschaften. Wir wollen diesen Schatz für
5 kommende Generationen bewahren. Wir wollen erhalten, was uns erhält. Die
6 biologische Vielfalt ist unsere natürliche Lebensversicherung – und sie ist
7 bedroht durch das Artensterben. Ebenso wie unser gesamter Planet durch die
8 Klimakrise bedroht ist.

9 Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris und der
10 Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Er verdeutlicht: Jedes
11 Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kippunkten im
12 Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu
13 kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln in den nächsten
14 Jahren entscheidend. Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist für uns der globale
15 Budget-Ansatz.

16 Nach dem Konzept des CO₂-Budgets, zum Beispiel des Sachverständigenrat
17 Umweltfragen (SRU), hat Baden-Württemberg noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur
18 Verfügung, gerechnet ab 1. Januar 2018. Bei gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses
19 Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem neuen Bericht des Zwischenstaatlichen
20 Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change,
21 IPCC) muss das verbleibende Carbon-Budget angepasst werden.

22 Als eines der ersten Bundesländer haben wir als grün-geführte Regierung 2013 ein
23 Klimaschutzgesetz verankert. Es legt konkret fest, wie viel CO₂ wir einsparen
24 müssen. Unser Ziel: bis Ende 2020 den CO₂-Ausstoß im Land um 25 Prozent senken –
25 das haben wir (fast) erreicht. Klar ist, die Klimakrise kennt keine Grenzen.
26 Deshalb haben wir gemeinsam mit dem US-Bundesstaat Kalifornien die Under2
27 Coalition auf den Weg gebracht – das mittlerweile weltweit größte Bündnis von
28 Regionen im Kampf gegen die Erderhitzung.

29 Wir treiben die Steigerung der Effizienz und auch den Ausbau der sauberen und
30 klimafreundlichen Erneuerbaren Energien voran: Bevor wir Grüne an der Regierung
31 waren, machte die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser im Land gerade mal
32 16 Prozent aus. Nach acht Jahren grün-geführter Landesregierung hat sich dieser
33 Anteil im Jahr 2019 auf knapp 30 Prozent fast verdoppelt.

34 Naturschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere
35 Lebensversicherung – und die unserer Kinder und Enkelkinder. Wir geben dem
36 Naturschutz den Wert, der ihm gebührt. Wir haben in der Regierung dafür gesorgt,
37 dass die Mittel dafür von 30 Millionen Euro im Jahr 2011 bis heute mehr als
38 verdreifacht wurden: Mittlerweile investieren wir über 100 Millionen Euro pro
39 Jahr in den Schutz unserer Flüsse, Seen und Wälder. Wir haben ein Sonderprogramm
40 zum Schutz der biologischen Vielfalt aufgelegt, das bundesweit einmalig ist. Das

41 Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben wir als grün-geführte Landesregierung
42 gemeinsam mit Naturschutz und Landwirtschaft weiterentwickelt und gesetzlich
43 verankert. Darin haben wir konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, um die
44 Biodiversität weiter zu stärken. Zu dem bestehenden Biosphärengebiet auf der
45 Schwäbischen Alb haben wir 2016 ein zweites im Südschwarzwald geschaffen. Und
46 wir haben 2014 den Nationalpark Schwarzwald gegründet – den ersten in Baden-
47 Württemberg. Hier darf sich die Natur in den Kernzonen ungestört entwickeln –
48 ohne menschliche Eingriffe.

49 Natur- und Klimaschutz heißt auch, verantwortungsvoll mit den natürlichen
50 Ressourcen umzugehen. Deshalb fördern wir als grün-geführte Landesregierung den
51 effizienten und nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und Materialien. Wir haben
52 die Fachagentur Umwelttechnik Baden-Württemberg gestärkt und gemeinsam mit der
53 Industrie die Initiative „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ gestartet. Mit
54 dem Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ haben wir eine bundesweit
55 einmalige Denkfabrik aufgebaut, die Ideen für ressourcenschonende
56 Produktionstechniken voranbringt. Auch die Rolle unseres Standorts bei der
57 nachhaltigeren Gestaltung globaler Lieferketten nehmen wir dabei stärker in den
58 Blick .

59 **Mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben**

60 Wir haben in den vergangenen zehn Jahren viel für Umwelt, Klima und Natur getan,
61 aber die Herausforderungen bleiben groß. Die Klimakrise verschärft sich – auch
62 bei uns in Baden-Württemberg: Es gibt immer mehr heiße und trockene Tage,
63 Wassermangel, Dürresommer. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen oder Hagel
64 nehmen zu. Unser Wald leidet. Unsere Landwirtschaft leidet. Viele Tiere und
65 Pflanzen leiden. Und viele Menschen leiden. Die Klimakrise bedroht unsere
66 Lebensqualität und unsere Lebensgrundlagen existenziell. Wenn wir nicht handeln,
67 setzen wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Uns Menschen bleibt nicht mehr
68 viel Zeit, die Klimakrise auf ein beherrschbares Maß einzudämmen. Die
69 Wissenschaft lässt keinen Zweifel daran, was zu tun ist. Alle Fakten liegen auf
70 dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die
71 Klimakrise zu leugnen, ändert nichts an den bedrohlichen Fakten.

72 Die Natur schreibt auf der ganzen Welt weiter rote Zahlen. Auch im Land sind 40
73 Prozent der Arten gefährdet. Das Insektensterben hält an. Von den geschätzten
74 acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit könnten in den nächsten
75 Jahrzehnten eine Million verschwinden. Was ausstirbt, ist unwiederbringlich
76 verloren. Und reißt ein Loch in das Sicherheitsnetz, das uns alle umspannt.

77 Werden wir diese Krise bewältigen oder unsere eigene Zukunft aufs Spiel setzen?
78 Das kommende Jahrzehnt wird entscheidend sein. Mit konsequent ökologischer
79 Politik und starken Grünen im Land können wir Teil der Lösung sein und die
80 Herausforderungen meistern.

81 **Wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen**

82 Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg bei der Bewältigung dieser
83 Krisen eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen mutig vorgehen und vorleben: Erfolg
84 in der Wirtschaft und der Schutz des Klimas gehen zusammen. Wir können gut
85 leben, ohne dabei unsere Erde zu zerstören. Hier in Baden-Württemberg wollen wir
86 unter Beweis stellen, dass klimaverträglicher Wohlstand gelingt. Wir wollen eine
87 Inspiration für viele sein, die für Klimaschutz kämpfen. Ein solches
88 wirtschaftliches Umschalten ist auch ökonomisch sinnvoll. Nur wer

89 klimafreundliche Autos und schlaue Mobilitätsdienstleistungen,
90 ressourceneffiziente Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf
91 den Märkten von morgen bestehen. Deshalb soll Baden-Württemberg schnellstmöglich
92 klimaneutral werden und die Treibhausgasmissionen in den unmittelbar vor uns
93 liegenden Jahren besonders stark senken. Wir wollen unseren Beitrag dafür
94 leisten, die globale Erhitzung unterhalb des kritischen Werts von 1,5 Grad zu
95 halten.

96 Wir wissen, dass wir ein ambitioniertes Ziel wie die Klimaneutralität vor 2040
97 nicht ohne grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene erreichen können.

98 Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Unser Ziel ist eine
99 echte Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe wiederverwenden, statt die Erde auszubeuten
100 – in immer größerem Umfang und mit immer größerem Aufwand. Unser Leitbild ist
101 die Ultraeffizienzfabrik: hoch innovativ, emissionsarm und ressourcenschonend.

102 Wir wollen erhalten, was uns erhält. Unsere Enkelkinder sollen die gleiche
103 Schönheit der Natur und die gleiche Vielfalt von Bienen, Schmetterlingen, Blumen
104 oder Pilzen erleben können wie wir heute. Unsere einmaligen Natur- und
105 Kulturlandschaften sind auch unser Zuhause, unsere Rückzugs- und Erholungsorte.

106 Schon bei der Weiterentwicklung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ hat sich
107 gezeigt: Naturschutz und Landwirtschaft können erfolgreich an einem Strang
108 ziehen. Das wollen wir weiterführen und einen neuen Gesellschaftsvertrag
109 zwischen Naturschutz und Landwirtschaft verankern. Dabei wollen wir auch die
110 Ernährungsindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren
111 Beitrag dazu leisten, damit die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen
112 bezahlt werden. Denn um unsere Kulturlandschaften zu erhalten, brauchen wir die
113 Landwirtschaft. Und diese wiederum ist auf eine intakte Natur angewiesen. Wir
114 wollen das gegenseitige Verständnis fördern und die Gemeinsamkeiten vertiefen.

115 ***Wir machen Tempo: Unser Klimaschutz-Sofortprogramm***

116 *Die Europäische Union legt beim Klimaschutz vor. Wir machen mit und gehen voran.*
117 *Wir wollen ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende auf den Weg*
118 *bringen. Wir unterstützen die Klimapolitik Europas und werden direkt nach der*
119 *Regierungsbildung die Klimaziele Baden-Württembergs im Klimaschutzgesetz und im*
120 *Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) an die neusten*
121 *wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Pariser Klimaziele, insbesondere den 1,5*
122 *Grad-Pfad und die Klimaziele der Europäischen Union anpassen. Wir zeigen, wie*
123 *konsequenter Klimaschutz in einem Industrieland geht.*

124 ***Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien:***

125 *Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen.*
126 *Bislang gilt sie für Nicht-Wohngebäude.*

127 *Wir werden diese Pflicht auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine*
128 *grundlegende Dachsanierung ansteht.*

129 *Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen im Staatswald ausbauen,*
130 *ebenso in der Fläche. So könnten über 2.000 neue Anlagen entstehen. Wir werden*
131 *alle Freiflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen und geeignete Baggerseen*
132 *prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-*
133 *Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 400.000 Hektar, das wir*
134 *erschließen wollen.*

135 *Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren*
136 *und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch*
137 *Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.*

138 *Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für*
139 *Photovoltaik- Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden*
140 *wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln*
141 *einsetzen.*

142 *Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch*
143 *die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten.*

144 ***Runter mit den CO₂-Emissionen:***

145 *Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür beim Bund*
146 *einsetzen.*

147 *Wir führen einen CO₂-Schattenpreises von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte*
148 *ein und prüfen wie dieser für klimarelevante Entscheidungen von landeseigenen*
149 *Unternehmen angewendet werden kann.*

150 *Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um*
151 *klimaschädliche Förderungen zu vermeiden.*

152 *Wir wollen die kommunalen Wärmepläne - und dazu gehört auch die Kühlung im*
153 *Sommer - schnell umsetzen und so die Kohlenstoff-Emissionen der Wärmenetze*
154 *reduzieren.*

155 *Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen*
156 *ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen*
157 *Klimabericht, in dem es Maßnahmen für die Politik vorschlagen kann. Es kann auch*
158 *wissenschaftliche Studien in Auftrag geben und überprüft die Maßnahmen der*
159 *Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad*
160 *Ziel und das CO₂-Budget.*

161 *Bisher hat noch kein Bundesland ein verbindliches CO₂-Budget eingesetzt. Wir*
162 *wollen als erstes Bundesland den CO₂-Budget-Ansatz anwenden. Dazu wollen wir*
163 *Vorschläge erarbeiten, wie der Budget-Ansatz umgesetzt werden kann.*

164 *Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie*
165 *klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm klimaneutrale Wohngebiete*
166 *für Kommunen auflegen.*

167
168 *Wir stärken eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir beispielsweise*
169 *Recycling-Baustoffe wie Recyclingbeton fördern und für diese eine Quote für*
170 *Neubauten des Landes einführen. Klimafreundliche Bauten sollen so lange stehen*
171 *wie möglich. Für größere Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, dass*
172 *Rückbaukonzepte mit dem Bauantrag vorgelegt werden.*

173 *Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen:*
174 *auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit*
175 *implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir*
176 *wollen die Kommunen als wichtige Akteure stärken und prüfen, wo und in welchem*
177 *Umfang Klimaschutz zur kommunale Pflichtaufgabe gemacht werden kann. Diese*
178 *Prüfung umfasst, welche Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe den Kommunen zur*
179 *Verfügung stehen müssten, so dass kommunale Klimaschutzmaßnahmen in allen*
180 *unseren Gemeinden umgesetzt werden können.*

181 *Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen.*

182 *Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir*
183 *die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5 Grad-Ziel und auf die*
184 *Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich*
185 *verankern. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei denen das Land*
186 *größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran. Dabei orientieren*
187 *wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.*
188 *Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien*
189 *nicht entsprechen.*

190 ***Klimafreundliche Verkehrswende:***

191 *Wir geben eine Garantie für den Öffentlichen Nahverkehr: Mit uns wird werden*
192 *alle Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem*
193 *öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und*
194 *den Ausbau von ÖPNV on demand, also auf Abruf.*

195 *Wir sorgen dafür, dass Kommunen einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe*
196 *einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.*

197 *Auf das Fahrrad kommt es an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken*
198 *zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und*
199 *schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität. Wir unterstützen*
200 *Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen und fördern dies.*

201 *Die Mobilitätswende elektrisiert: Der Umstieg auf klimafreundlichen*
202 *Automobilverkehr gelingt mit der richtigen Infrastruktur. Dazu werden wir in*
203 *Baden-Württemberg unsere Anstrengungen verdoppeln. Jede und jeder soll im*
204 *Umkreis von fünf Kilometern mindestens eine Schnellladesäule finden. Auch*
205 *Wasserstofftankstellen für den Lkw-Verkehr werden wir verdoppeln.*

206 **Für ein klimaneutrales Baden-Württemberg**

207 *Baden-Württemberg soll schnellstmöglich klimaneutral sein. Das heißt: Unsere*
208 *Treibhausgas-Emissionen werden auf netto null reduziert. Dafür wollen wir unser*
209 *Klimaschutzgesetz weiter anpassen und einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro pro*
210 *Tonne Kohlendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung*
211 *einführen. Dieser Schattenpreis spiegelt auch die Umweltkosten wider. Damit*
212 *müssen Ministerien und Landesbehörden künftig bei allem, was sie tun, die*
213 *zusätzlichen Kosten für Klimagase berücksichtigen. Die landeseigenen Betriebe*
214 *und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, sollen mit gutem Beispiel*
215 *vorgehen und bis zum Jahr 2035 bilanziell klimaneutral arbeiten.*

216 *Wir wollen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen*
217 *und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre*
218 *Klimaverträglichkeit prüfen. Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild*
219 *sein. Dazu soll die Landesverwaltung bis 2030 bilanziell klimaneutral arbeiten.*
220 *Dabei gilt: Je schneller wir die Treibhausgas-Emissionen senken können, desto*
221 *besser. Wir wollen so viel klimaschädliche Treibhausgase wie möglich einsparen.*
222 *Was wir darüber hinaus in Baden-Württemberg an CO₂ binden können, zum Beispiel*
223 *durch Moore, Humusaufbau in der Landwirtschaft (auch mit Hilfe von*
224 *Pflanzkohle) oder die Entsiegelung von Flächen, wollen wir so gut es geht vor*
225 *Ort umsetzen. Dafür wollen wir wieder Mittel im Haushalt bereitstellen.*

226

227 Wir setzen uns für die Steigerung der energetischen Gebäude-Sanierungsrate im
228 Rahmen unseres Klimaziels ein.

229 Für öffentliche Gebäude wollen wir den von der EU geforderten
230 Niedrigstenergiestandard für Neubauten auf dem Niveau des Effizienzhauses 40
231 festlegen. Dies entspricht in etwa dem Passivhausstandard. Bei umfassender
232 Sanierung im Bestand soll das Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein. Die
233 Effizienzstandards sollen auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und
234 Nichtwohngebäuden gelten. Bei der Umsetzung von innovativen Ansätzen muss die
235 Landesverwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Erfahrungen in der Umsetzung
236 bei Landesprojekten verringern die Hürden für eine Verbreitung dieser Ansätze in
237 der freien Wirtschaft, was die marktweite Transformation zur Klimaneutralität
238 beschleunigt.

239 Auch auf die Städte und Gemeinden kommt es an: ob beim Umstieg auf saubere und
240 sichere Energie, dem ressourcenschonendem Bauen, bei der energetischen
241 Gebäudesanierung, der nachhaltigen Stadtentwicklung oder der klimafreundlichen
242 Mobilität. Dabei wollen wir die Kommunen noch stärker unterstützen, etwa, indem
243 wir die bestehenden vielfältigen Förderprogramme und den Klimaschutzpakt
244 aufstocken. Wir werden die rechtliche Umsetzbarkeit von neuartigen kommunalen
245 Klimaschutzinstrumenten wie zum Beispiel einem Klimabeitrag prüfen.

246 Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz gestärkt werden. Alle
247 Planungen und Baumaßnahmen, die zur Entscheidung anstehen, sind auf ihre
248 Klimaverträglichkeit hin zu prüfen. Erst dann soll die politische Entscheidung
249 zur Umsetzung erfolgen. Außerdem braucht es wirksame Sanktionen, wenn Klimaziele
250 nicht eingehalten werden.

251 Digitalisierung klimafreundlich gestalten: Wir brauchen zügig CO₂-neutrale
252 Rechenzentren, die Abwärme nutzen und mit Strom aus Sonne, Wind und Wasser
253 betrieben werden. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des Landes müssen in
254 allen Bereichen klimaneutral werden – von der elektronischen Akte über Tablets
255 in der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz. Gleiches gilt für
256 die Vorhaben der Städte und Gemeinden, die das Land bei der Digitalisierung
257 unterstützt.

258 **Raus aus den fossilen Energieträgern**

259 Das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Wir setzen auf die
260 Vielfalt der grünen Energien, auf Energieeinsparung und effizienteren Verbrauch.
261 Wir setzen auf intelligente Lösungen, um Energie aus natürlichen Quellen zu
262 speichern. Wasserstoff kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Für uns Grüne ist
263 jedoch klar: Wasserstoff ist nur dann nachhaltig, wenn er aus erneuerbaren
264 Quellen kommt. Nur grüner Wasserstoff ist förderfähig und sinnvoll. Dieser grüne
265 Wasserstoff kann in den Sektoren Energie, Industrie und Schwerlastverkehr direkt
266 eingesetzt werden und für eine erfolgreiche Abkehr vom Kohlenstoff sorgen.
267 Deshalb werden wir die Wasserstoffstrategie des Landes vorantreiben. Allerdings
268 verbraucht die Herstellung von grünem Wasserstoff viel Energie. Dafür brauchen
269 wir zusätzliche Kapazitäten an grünem Strom. Denn diese zusätzliche Nachfrage
270 darf nicht unserem Ziel zuwiderlaufen, den Strombedarf der Sektoren Energie,
271 Verkehr und Wärme klimaneutral auf Basis Erneuerbarer Energien zu decken.

272 Wettbewerbsfähig und erfolgreich zu produzieren geht ohne CO₂-Ausstoß. Das
273 wollen wir in Baden-Württemberg beweisen. Dafür müssen wir die Transformation so
274 gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben

275 erhalten, damit sie die notwendigen Investitionen tätigen können. Dazu benötigen
276 wir auf Bundes- und EU-Ebene eine CO₂-Bepreisung, die zu substantiellen
277 Emissionsminderungen führt, und einen wirksamen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus
278 und sich neue Industrieanlagen ohne fossile Brennstoffe betreiben lassen und
279 bestehende nach und nach auf nicht-fossile Technologien umgestellt werden. Den
280 Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wollen wir durch die Erneuerbaren und
281 eine Steigerung der Energieeffizienz kompensieren. Industrielle Abwärme wollen
282 wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe nutzen. So kann sie z.B. in die Nah-
283 und Fernwärmenetzen eingespeist werden.

284 Wir streben eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen
285 effizient einsetzt und schützt. Besonders in der Bauwirtschaft setzen wir auf
286 eine Ressourcen- und Bauwende. Wir wollen mehr Holz als Baumaterial, den Einsatz
287 von Recyclingmaterial in Produkten stärken und den Einsatz von Recycling-Beton
288 voranbringen. Das erreichen wir z.B., indem wir die Verwendung von Holz und
289 Recycling-Beton als Baumaterial bei öffentlichen Bauten verbindlich
290 festschreiben. Zudem werden wir uns für eine Lebenszyklusbetrachtung von
291 Gebäuden und die Entwicklung eines Ressourcengebäudeausweis einsetzen. Wir
292 wollen die Infrastrukturen regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken. Unnötige
293 Transporte sparen wir, indem wir dezentral gewonnenen, heimischen Rohstoffen
294 Vorrang einräumen und gebrauchte mineralische Rohstoffe rückgewinnen.
295 Wiederverwertung und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Rohstoffen im
296 Land deutlich reduzieren. Wo deren Einfuhr nicht zu vermeiden ist, wollen wir
297 unter anderem durch zertifizierte Lieferketten soziale, ökologische und
298 menschenrechtliche Standards sicherstellen.

299 Effizienz bei Ressourcen und Material – das werden wir zum Markenzeichen unseres
300 Industriestandortes machen. Das Zentrum für Ultraeffizienzfabriken verstehen wir
301 als Plattform für Forschungs- und Demonstrationszwecke. Hier entstehen Ideen,
302 wie die
303 energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den
304 Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den
305 Forschungseinrichtungen wollen wir den wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz
306 von Energie und Material in den Unternehmen konsequent unterstützen.

307 Energieeffizienz ist ein zentrales Element einer nachhaltigen Wirtschaft. Dazu
308 haben wir Angebote für Beratung- und Investitionsförderung gemacht. Die dafür
309 bereits aufgebauten Kompetenzzentren für Energieeffizienz (KEFF) machen wir zu
310 Kompetenzzentren für Material- und Ressourceneffizienz. Mit der Wirtschaft
311 wollen wir ein Bündnis für eine klimaneutrale Produktion schließen.

312 **Vielfalt der grünen Energien nutzen**

313 Die Erneuerbaren Energien sind ein Schlüssel zum Schutz unseres Klimas. Statt
314 von klimaschädlichen fossilen Energien abhängig zu sein, produzieren wir
315 klimafreundliche Wärme und Strom im eigenen Land. Das zukunftsfähige Fundament
316 für die Versorgung mit Erneuerbaren Energien besteht aus der Kombination von
317 Sonnen- und Windkraft. Beide Energiequellen ergänzen sich gut und sind auch bei
318 steigendem Bedarf noch ausbaubar. In dieser Kombination werden wir eine sichere
319 Versorgung mit Erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung unserer
320 Industrie ermöglichen, ebenso durch einen konsequenten Netzausbau. Wir werden
321 konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie
322 naturverträglich auszubauen. Die jetzigen ambitionierten Ausbauziele werden wir
323 noch erhöhen müssen, um unseren Beitrag zum Erreichen des Klimaziels zu leisten.

324 Für so eine ambitionierte Klimapolitik wollen wir im Land werben.

325

326 Deutschlandweit müssen wir bis zur Klimaneutralität eine installierte Leistung
327 von 562 Gigawatt Erneuerbare Energie erreichen. Dafür wollen wir in Baden-
328 Württemberg unseren Beitrag leisten. Hier gibt es noch viel Flächenpotenzial für
329 den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieses wollen wir heben, indem wir
330 verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen. So wollen wir
331 bis zum Jahr 2030 1.000 neue Anlagen ermöglichen. Wir werden alle Freiflächen,
332 landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die
333 Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat ein
334 Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen.

335

336 Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für
337 Photovoltaik- Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden
338 wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln
339 einsetzen.

340

341 Es gibt viele geeignete landwirtschaftlichen Flächen, die ein hohes Potenzial
342 für den Ausbau der Agro-PV bieten. Unser Ziel ist es, dass diese genutzt werden.
343 Schon 2,5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen würden einen großen Beitrag
344 zum Ausbau der EE in BW leisten.

345

346 Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren
347 und
348 festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch
349 Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.

350

351 **Energie in Bürger*innen-Hand!**

352

353 Wir stehen dafür ein, dass die Energiewende für alle Bürger*innen im Land zur
354 Erfolgsgeschichte wird. Energie, die vor Ort dezentral in Bürgerhand erzeugt
355 wird, und die finanzielle Beteiligung von Anliegerkommunen bei Windkraft- und
356 Freiflächen-Photovoltaik-Projekten schaffen Akzeptanz, stärken die Resilienz im
357 Energiesystem und sorgen für Wertschöpfung bei vielen Bürger*innen und
358 Gemeinden. Wir wollen dafür sorgen, dass Bürgerenergiegenossenschaften
359 unterstützt werden und Anliegerkommunen attraktive Anreize bekommen, die
360 Erneuerbaren auszubauen.

361

362 Der heutige Strommarkt funktioniert nach Regeln, die 20 Jahre alt und auf die
363 fossilen Energieerzeuger zugeschnitten sind. Sie waren auf einen kleinen Beitrag
364 von Erneuerbaren Energien ausgelegt. Heute ist das anders. Deshalb sind an
365 vielen Stellen grundlegend andere Rahmenbedingungen notwendig, für die wir uns
366 auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen: Z.B. muss der Energiemarkt neu gestaltet
367 werden, so dass die Bedürfnisse der Erneuerbaren ins Zentrum gesetzt werden.
368 Rechtliche Hürden für den Bau von Anlagen und das Teilen von Energie müssen
369 abgebaut und Ausbaudeckel abgeschafft werden und die Energiegewinnung und die
370 Nutzung von Energie vor Ort muss erleichtert werden.

371

372 Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Ausschreibungen für
373 Energieprojekte so angelegt sind, dass sich auch Genossenschaften darauf
374 bewerben können und im Wettbewerb mit anderen Akteuren eine faire Chance haben.
375 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, Hemmnisse abzubauen, und die

376 Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort zu erleichtern. Und wir
377 fordern vom Bund den wirtschaftlichen Weiterbetrieb von sogenannten Alt-Anlagen,
378 die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen und noch viele Jahre zu niedrigen
379 Kosten erneuerbaren Strom liefern können, unbürokratisch zu sichern.

380 Wir Grüne haben in der Landesregierung den Einstieg in die Photovoltaik-Pflicht
381 durchgesetzt. Denn die Photovoltaik rechnet sich – für den Geldbeutel und fürs
382 Klima! Bislang gilt die Pflicht für neu gebaute Gebäude, in denen keine
383 Wohnnutzung vorgesehen ist. Also etwa für Fabrik- und Logistikhallen,
384 Verwaltungsgebäude oder Supermärkte sowie große Parkplatzanlagen. Im nächsten
385 Schritt wollen wir diese Pflicht auf neue Wohnhäuser sowie Bestandsgebäude
386 ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Auch alle weiteren
387 Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen, um die Kraft der Sonne in unsere
388 Stromnetze zu bringen: Wir wollen auch Photovoltaik-Anlagen auf
389 landwirtschaftlichen Flächen, sogenannte Agro-Photovoltaik, ausbauen – genauso
390 wie Freiflächenanlagen entlang von Straßen und schwimmende Solarparks. Dafür
391 wollen wir auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen verbessern. Deshalb werden
392 wir im ersten Jahr nach der Wahl eine Gesetzesinitiative im Bundesrat
393 einbringen.

394 Nach dem Atomausstieg bzw. im Vorgriff auf den Kohleausstieg muss die Versorgung
395 in Baden-Württemberg gewährleistet sein. Wir setzen uns im Bund für einen
396 Kohleausstieg bis 2030 ein, die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit
397 vorausgesetzt. Wir streben an, diese so weit es geht mit Erneuerbaren Energien
398 sicherzustellen. Zusätzlich wollen wir uns über die landeseigenen Beteiligungen
399 bei energieerzeugenden Unternehmen für ihren eigenen Kohleausstieg bis 2030
400 einsetzen. Dazu wollen wir den Ausbau von Energiespeichern und intelligenten
401 Netzen vorantreiben, die Verbrauch und Erzeugung von Strom aufeinander
402 abstimmen. Und wir vollenden den Atomausstieg, wenn Neckarwestheim 2 im Jahr
403 2022 vom Netz geht. Den Rückbau der fünf Atomkraftwerke im Land wollen wir in
404 den nächsten Jahren auf der Grundlage höchster Sicherheitsstandards weiter zügig
405 vorantreiben. Dabei wollen wir die Öffentlichkeit umfassend beteiligen.

406 **Wir bringen die Wärmewende weiter voran**

407 Auch wenn wir die Heizung aufdrehen, können wir das Klima schützen – nämlich
408 dann, wenn die Wärme aus sauberen Quellen stammt. Deshalb wollen wir auch bei
409 der Wärmeversorgung raus aus Öl und Gas und rein in Wärme aus grüner Energie.
410 Unser Ziel auch hier heißt: Klimaneutralität. Der erste Schritt ist bereits
411 getan: Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig
412 eine kommunale Wärmeplanung vornehmen und umsetzen. Das bedeutet: Sie entwickeln
413 eine Strategie, wie sie klimaneutral mit Wärme versorgt und gekühlt werden
414 können. Kleinere Kommunen werden wir dabei auch finanziell unterstützen, ihre
415 Wärme von Öl, Kohle und Gas auf klimafreundliche Technologien umzustellen.

416 Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer
417 eine neue Heizung einbaut, soll künftig mindestens 25 Prozent der Wärme aus
418 erneuerbaren Quellen beziehen. Darüber hinaus sollen keine neuen Ölheizungen
419 mehr verbaut werden und Betriebsbeschränkungen für bestehende Ölheizungen
420 abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle geprüft
421 werden.

422
423 Auch die Sanierung von kälte- und wärmeintensiven Prozessen in der Industrie
424 werden wir vorantreiben.

425 **Naturschutz zahlt sich aus – für alle**

426 Investitionen in den Naturschutz zahlen sich aus – für den Erhalt der
427 Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaften. Deshalb wollen wir die
428 finanziellen Mittel weiter erhöhen – auf 150 Millionen Euro pro Jahr bis 2026.
429 Das erfolgreiche Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt wollen
430 wir weiterführen. Unsere ambitionierte Naturschutzstrategie wollen wir weiter
431 umsetzen und fortschreiben.

432 Wir wollen der Natur mehr Raum geben. Auch dafür ist der Nationalpark
433 Schwarzwald da. Ihn wollen wir stärken sowie ein weiteres Biosphärengebiet
434 entwickeln. Die bestehenden Biosphärengebiete im Schwarzwald und auf der
435 Schwäbischen Alb wollen wir weiter aufwerten, ebenso die naturschutzfachliche
436 Arbeit der Naturparks. Indem wir den Biotopverbund konsequent verwirklichen
437 sowie für die Erstellung von Regional- und Flächennutzungsplänen verbindlich
438 vorschreiben, schaffen wir so auch ein engmaschiges Netz, um Lebensräume von
439 Tier- und Pflanzenarten miteinander zu verbinden. Für besonders gefährdete Arten
440 übernehmen wir Verantwortung und stärken Artenschutzprojekte. So setzen wir uns
441 für eine aktive Bestandsstützung des Luchses in Baden-Württemberg ein. Mit einem
442 neuen Programm wollen wir wertvolle Naturschutzflächen dauerhaft sichern: Bis
443 2026 sollen in den vier Regierungsbezirken im Land mindestens 20 neue
444 Naturschutzgebiete entstehen, wobei wir auf Biotopverbünde achten.

445 Das Land soll Wald und naturschutzrelevante Flächen wo möglich aufkaufen, um
446 landesweite Biotopverbünde herzustellen und dem Klimawandel entgegenzuwirken.
447 Beim Verkauf von Landesflächen sollen strenge Nachhaltigkeitskriterien gelten,
448 insbesondere bei Landwirtschafts- und Waldflächen sowie in Schutzgebieten.
449 Unsere naturschutzfachlich wertvollen Kulturlandschaften wie artenreiche
450 Blumenwiesen und Streuobstwiesen wollen wir konsequent schützen, zugleich aber
451 die Bewirtschaftung attraktiver gestalten. Etwa, indem wir die Nutzung und die
452 Vermarktung der Produkte fördern und die bestehenden Agrarförderprogramme
453 weiterentwickeln.

454 Um in ihrem Bestand bedrohte Arten besser zu schützen, werden wir die Allianz
455 für Niederwild mit einem Bodenbrüter-Programm zum Schutz bedrohter Feld- und
456 Wiesenvögel ergänzen und gemeinsamen mit unseren Bäuerinnen und Bauern im Land
457 umsetzen.

458 Auch hierzu soll die Flurneuordnung zu einem Instrument des modernen
459 Naturschutzes weiterentwickelt werden. Wildnis- und Naturbildung sowie die
460 Vermittlung von Artenkenntnissen wollen wir in Schulen, Hochschulen sowie in
461 außerschulischen Einrichtungen weiter stärken.

462
463 Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Stadtnatur weiter fördern - für Mensch und
464 Natur. Dazu gehören Naturerfahrungs- und Naturerlebnisräume in Großstädten, die
465 naturnahe Bewirtschaftung von Grünflächen und Parks sowie Kooperationen mit
466 Wald- und Naturkindergärten.

467 Wir wollen Flüsse und Bäche weiter revitalisieren. Bei der Abwasserbehandlung
468 sind wir schon heute europaweit Spitze. Damit das auch so bleibt, wollen wir den
469 Großteil der 900 Kläranlagen mit der sogenannten „vierten Reinigungsstufe“
470 aufrüsten. Damit ist es möglich, den Giftcocktail aus Arzneimittelresten oder
471 Haushalts-Chemikalien aus unseren Fließgewässern fernzuhalten. Das stärkt die
472 Artenvielfalt in sauberen Flüssen und Bächen.

473 **Darum Grün!**

474 Wer Grün wählt, stimmt für

- 475 • ein klimaneutrales Baden-Württemberg
- 476 • die Stärkung von biologischer Vielfalt und Naturschutz
- 477 • ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende
- 478 • den konsequenten Ausbau grüner Energie aus Sonne, Wasser und Wind
- 479 • einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz,
480 Ernährungsindustrie und Verbraucher*innen